



HESSISCHER LANDTAG

01. 12. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Einrichtung eines runden Tisches zur Reform der Bolognareform statt Abschiebung der alleinigen Verantwortung auf die Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Einrichtung eines runden Tisches zur "Reform der Bolognareform"

1. Der Landtag richtet als erste Maßnahme zur nötigen Reform der Bolognareform einen runden Tisch ein, an dem die Verantwortlichen der Hochschulen, der Studierenden, Vertreter der Akkreditierungsräte und der Fraktionen des Landtags möglichst gemeinsam mit der Landesregierung den Änderungsbedarf bestimmen und Lösungen erarbeiten sollen. Insbesondere bedarf es praktikabler Lösungen für:
 - a) den in naher Zukunft deutlich werdenden Mangel an Kapazitäten von Masterstudienplätzen,
 - b) die Erleichterung der Mobilität durch erleichterte Anerkennungspraxis seitens der Hochschulen, durch eine größere Transparenz und durch verbindliche Regelungen für die Studierenden,
 - c) die Flexibilisierung und Entschlackung der starren Module, sodass zeitliche Freiräume und Wahlfreiheiten entstehen,
 - d) die Verbesserung der Teilzeitstudienmöglichkeiten,
 - e) die stärkere Zulassung von sieben- oder achtsemestrigen Bachelorstudiengängen,
 - f) die Erleichterung von ungewöhnlichen Kombination verschiedener eigenständiger Studiengänge für individuelle Profile und neue Berufswege,
 - g) die Frage sozialer Hürden und der geringeren Frauenquote beim Übergang vom Bachelor zum Master,
 - h) die Verbesserung des Akkreditierungssystems, das in den Hochschulen viele Kräfte bindet, den Hochschulen wenig Flexibilität ermöglicht, an legislativer Kontrolle sowie an ausgewogener Besetzung mangelt und zu wenig die Studierbarkeit von Studiengängen in den Blick nimmt,
 - i) Instrumente zur Verbesserung und Qualitätssicherung der Lehre,
 - j) die Verbesserung der Balance zwischen der nötigen breiten Grundlagenbildung und der vertieften Spezialisierung in den einzelnen Studiengängen, um die Vergleichbarkeit der Studiengänge, die Mobilität der Studierenden und die zukünftige Flexibilität der Studierenden auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Chancen des Bolognaprozesses nutzen

2. Der Landtag bekräftigt und unterstützt die Chancen des Bolognaprozesses. Der europaweite Austausch von Wissenschaft und Forschung und die Bildung eines europäischen Arbeitsmarktes enthalten wichtige Chancen für wissenschaftliche Erkenntnisse, neue Ideen und ein gemeinsames Europa.

3. Der Landtag stellt fest, dass die ursprünglichen Leitgedanken der Bolognaform, nämlich institutionelle Autonomie, akademische Freiheit, Chancengleichheit und demokratische Beteiligung, bei der Umsetzung der Reform größtenteils konterkariert wurden.
4. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die europäischen Vorgaben der Bolognaform den Mitgliedsländern grundsätzlich einen großen Freiraum für die Umsetzung lassen. Er fordert die Landesregierung eindringlich auf, diesen Freiraum zu nutzen und die Reform so zu gestalten, dass sie zu mehr Qualität, einer höheren Mobilität, zu mehr Freiraum, zu mehr Partizipation und einer deutlich höheren Chancengerechtigkeit führt.
5. Der Landtag sieht die Bolognaform als eine Herausforderung an, universitäre Forschung und Lehre für die Gesellschaft und Wirtschaft stärker zugänglich zu machen, die Hochschule mit dem Arbeitsmarkt zu vernetzen, ohne gleichzeitig den Druck einer unmittelbaren Verwertbarkeit für alle Studiengänge und Forschungsrichtungen zu schaffen.

Verantwortung des Landes bei der Bolognaform wahrnehmen

6. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung die Verantwortung für die Bolognaform auf die Hochschulen abschiebt, statt Rahmenbedingungen zu gestalten, die die offensichtlichen Fehlentwicklungen im Bolognaprozess beheben.
7. Der Landtag sieht aufgrund der offensichtlichen Mängel bei der Umsetzung der Bolognaidee sowie angesichts der zunehmenden Kritik und Proteste der Studierenden und des Lehrpersonals dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Bolognaform.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die von ihr zugesagte finanzielle Unterstützung zur Beseitigung der größten Missstände schnellstmöglich umzusetzen und darüber hinaus ein tragfähiges Finanzierungskonzept für den erhöhten Betreuungsaufwand der gestuften Studiengänge sowie der mangelnden Masterkapazitäten zu erarbeiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 1. Dezember 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir